Redeauszug: Angelika Beer [PIRATEN]

EILT! Korrekturfrist 24.06.2014, 18:00 Uhr.

Bei Änderungen bitte zurück an den Ausschussdienst und Stenografischen Dienst, FAX: 0431 5300 4 1180, E-Mail: plenarprotokoll@landtag.ltsh.de

Kieler Woche zur Völkerverständigung nutzen

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1966

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des

Drucksache 18/2040

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten der Fraktion der PI-RATEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schon eine spannende Debatte, die wir hier führen. Durch die zur Disposition stehende Teilnahme der russischen Marine - sie sollte morgen hier einlaufen - an den Feierlichkeiten der Kieler Woche wird auf einmal unsere Stadt, wird die Förde, auf die wir jeden Tag gucken, ein Stück weit in relevante Zusammenhänge mit aktuellen politischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Entwicklungen gestellt.

Ich muss, ehrlich gesagt, sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Zu sagen, es ist nicht unsere Aufgabe, Außenpolitik zu machen, finde ich etwas sehr einfach. Die Kieler Woche steht für Völkerverständigung. Das ist ein Stück Außenpolitik. Das gehört zusammen. Insofern kann ich nur sagen, dass wir in Kiel durch die Kieler Woche ein Alleinstellungsmerkmal haben und dass es ein hohes Gut ist, das man nicht polemisch beiseite rücken sollte.

Was ist Europa? Ich kann das nur für uns und für mich definieren. Europa bedeutet für mich, dass man redet, dass man versucht, sich zu verstehen, Kompromisslösungen für Interessenskonflikte zu finden, versucht, Lösungen zu erarbeiten, statt den anderen einfach kalt in die Ecke zu stellen. Jedes Mal, wenn wir dieses Prinzip in der Geschichte verletzt oder vernachlässigt haben, sind wir in eine Gewaltspirale geraten. Europa ist für mich auch Russland, auch wenn es nicht zur Europäischen Union gehört. Geografisch ist es ein Stück Europa. Unser Hauptanliegen ist es, dort deeskalierend zu wirken.

Schleswig-Holstein - das ist schon gesagt worden macht eine aktive Europa- und Ostseepolitik. Wir zeichnen uns seit Jahrzehnten durch einen klaren Kurs der Kommunikation statt der Konfrontation aus. Letzten Monat hat unsere Landtagsdelegation an der Sitzung in Kaliningrad teilgenommen. Ende August werden wir an der Ostsee-Parlamentarierkonferenz in Polen teilnehmen. Ich erwarte, dass das hier keiner infrage stellt. Das ist auch gut so.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass eine solche Politik, wie sie aus Schleswig-Holstein ausstrahlt, eben jetzt nicht Opfer der Sanktionspolitik der NATO oder der Bundesregierung sein sollte. Ich muss einfach die Äußerung von Frau von der Leyen - das Verteidigungsministerium und dessen Entscheidung ist eben angesprochen worden -, ansprechen, auch wenn wir hier keine Verteidigungspolitik machen. Ihre Forderung, dass sich Deutschland flexibel an stärkeren Truppenstationierungen in Osteuropa beteiligt, sich ebenfalls mit Eurofightern beteiligt, um ein Sicherheitsgefühl für die osteuropäischen Staaten zu produzieren, ist schon oft versucht worden, aber nur selten mit Erfolg. Ich halte für sehr bedenklich, was im Rahmen der Bundesregierung diskutiert wird.

Heute Nachmittag wird es eine weitere parlamentarische Beratung geben, nämlich auf Initiative der uns in bei PIRATEN Ratsversammlung. Ich finde es gut, dass sich mehrere Fraktionen auf einen Resolutionstext geeinigt haben, nämlich SPD, Grüne, SSW, FDP und PIRA-TEN, in der sie die Bundesregierung - nicht den Außenminister - auffordern, die Absage an die Teilnahme der "Boiky" zu überdenken.

Das ist das, was auch wir hier vertreten.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Ich kann das gern zitieren. Es ist doch gut, dass es dort offensichtlich andere politische Bündnisse gibt als hier. Der Satz lautet: Die Bundesregierung wird Redeauszug: Angelika Beer [PIRATEN]

Bei Änderungen bitte zurück an den Ausschussdienst und Stenografischen Dienst, FAX: 0431 5300 4 1180, E-Mail: plenarprotokoll@landtag.ltsh.de

gebeten, bei der Pflege der auswärtigen Beziehungen diese Rolle der Kieler Woche stärker als bisher zu gewichten und insbesondere die Entscheidung, einem russischen Marineschiff den Besuch der Kieler Woche nicht zu gestatten, zu überdenken. Genau das werden wir - wenn auch in anderer politischer Konstellation - im Kieler Rat beschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere eigene Geschichte und aktuelle Ereignisse in anderen Gegenden der Welt zeigen, wie schnell sich das friedliche Zusammenleben in das Gegenteil verkehren kann. Ich möchte, dass wir dann, wenn wir hier über Außenpolitik diskutieren, dies ein wenig differenzierter machen. Sanktionen haben in der Vergangenheit nie geholfen, politische Krisen zu beheben. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele, wie zum Beispiel die Situationen im Iran, im Irak und in Syrien. Ich könnte in diesem Zusammenhang auch Kuba nennen. Die Sanktionen dort sind vor 55 Jahren verhängt worden. Sie gelten immer noch. Diejenigen, die dafür bezahlen, sind die Menschen, in der die Bevölkerung. Sanktionen führen nie zu einer Änderung der zu Recht kritisierten Politik, in diesem Fall der Politik Russlands gegenüber der Ukraine, die wir verurteilen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Beer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Landtagspräsident, ich komme zum Ende. Sanktionen haben noch nie einen Politikwechsel herbeigerufen und werden es auch dieses Mal nicht tun. Zu Völkerverständigungen, auch zu denen, die wir verurteilen oder kritisieren, gibt es keine Alternative.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Vielen Dank, Frau Ministerin Spoorendonk, wir sind in weiten Teilen sehr eng bei Ihnen, und die Einladung zu einer verstärkten Diskussion über die Vertiefung der Beziehungen in der Ostseeregion nehmen wir natürlich an, weil es substanziell für unsere nachbarschaftlichen Verhältnisse zu anderen Ländern, aber auch für uns selber sehr wichtig ist.

Herr Landtagspräsident hat gerade meinen Dreiminutenbeitrag vorweggenommen. Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, dass es drei sehr intensive Beratungen gegeben hat, ob dieses Treffen weiter beibehalten werden soll. Es hat sich jedoch bei der Abwägung der Kosten und der leider zurückgehenden Teilnehmerzahl bei den anderen Parlamentariern herausgestellt, dass dieses Format nicht gerade zukunftsträchtig ist. Deswegen haben wir uns entschlossen, die Ostsee-Jugendkonferenz hierher zu holen, weil wir die Jugend für Europa begeistern wollen. Gleichwohl werden wir natürlich auch bereit sein, zukünstig zu überlegen, wie wir vermehrt mit Abgeordneten aus unseren Ostseeanrainerländern in Dialog treten können. Vielleicht lässt sich dies auch in einem neuen, finanzierbaren Format realisieren.

Ich habe mich auch gemeldet, weil Sie - und das ist sehr wichtig - die Rolle von Sankt Petersburg hervorgehoben haben.

Das fordert mich noch einmal heraus, Herr Kollege Bernstein, Ihre Hoffnung, dass Sanktionen irgendetwas ändern, teile ich nicht. Gerade die Sanktionen haben dazu geführt, dass die einzige Fährlinie Kiel - Sankt Petersburg eingestellt werden musste und dass auch der Fährverkehr zwischen der Ukraine und Kiel drastisch reduziert wurde. Das sind die Auswirkungen von Sanktionen, ganz konkret hier vor Ort. Deswegen wiederhole ich: Sanktionen werden die Krise nicht retten.

(Beifall PIRATEN)